

## Antrag Nr. 16

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 11. Mai 2022

### **DEMOKRATIEDEFIZITEN AKTIV GEGENSTEUERN UND POLITISCHE TEILHABE IN WIEN STÄRKEN**

Rund ein Drittel der Wiener:innen im wahlfähigen Alter hat keine österreichische Staatsbürger:innenschaft und ist daher vom Wahlrecht und von Möglichkeiten, ihre politische Vertretung zu bestimmen, ausgeschlossen. In einigen Bezirken liegt der Anteil sogar deutlich höher. Sozioökonomische Faktoren wie der Bildungs- und Erwerbsstatus, Sprachkenntnisse, Familiensituation, aber auch die digitale Kompetenz, politische Kultur, etc. tragen dazu bei, dass sozioökonomisch benachteiligte Gruppen in der politischen Mitbestimmung unterrepräsentiert sind.

Gewichtige Veränderungsprozesse (Klimawende, Mobilitätswende, Planungsverfahren, etc.) müssen daher verbindlich mit den betroffenen Menschen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Es gilt diese Beteiligungsprozesse inklusiv zu gestalten, um keine Gerechtigkeitslücke entstehen zu lassen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die erzielten Ergebnisse auch alle Gesellschaftsmitglieder repräsentieren und nicht nur jene Gruppen, die mit ausreichend Zeit und Ressourcen ausgestattet sind. Das heißt konkret die Stärkung von mehrsprachigen sowie niederschweligen Angeboten der Mitsprache und die Nutzung von Social Media, um besonders junge Wiener:innen zu erreichen.

Damit auch in Zukunft Rahmenbedingungen gesetzt sind, die allen Bewohner:innen der Stadt ein gutes Leben ermöglichen, muss Wien dem beschriebenen Demokratiedefizit aktiv gegensteuern und Teilhabe in Entscheidungsprozessen stärker verankern. Neue Mitspracheinstrumente und -methoden sind eine zentrale Voraussetzung für die Qualität von Veränderungsmaßnahmen und Basis für eine gerechte Stadtplanung sowie hohe Lebensqualität in Wien.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher:**

- **Mehr Transparenz bei städtischen Planungsprozessen und verbindliche Einbindung von Bewohner:innen.**
- **Aufstockung und Verteilung der Budgets für Partizipation auf Bezirksebene auf eine Art und Weise, dass Ungleichheiten hinsichtlich Einkommen, Ausbildung, Alter, Migrationshintergrund und Staatsbürger:innenschaft ausgeglichen werden.**
- **Verbindliche Qualitätsstandards für Beteiligungsformate in Hinblick auf Diversität der Teilnehmenden und soziale Reichweite.**
- **Inklusive Zugänge zur politischen Mitbestimmung durch niederschwellige und mehrsprachige Angebote, Social Media-Kampagnen, Kinderbetreuung, etc..**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich